

Heinz Gess

Ist Goebbels entschuldigt, weil er behindert war?

Über antisemitische Stereotypen und Antiamerikanismus in der deutschen Presse am Beispiel der Berichterstattung in der Tageszeitung »Neue Westfälische«/»Haller Kreisblatt«

Wer die Berichterstattung der deutschen Medien über den Nahostkonflikt und den islamistischen Terrorismus seit den 11. September 2001 betrachtet, den müssen ernsthafte Zweifel daran befallen, ob die Zeiten der Gleichschaltung wirklich vorbei sind oder ob nicht vielmehr schleichend eine neue Form der Gleichschaltung sich durchgesetzt hat, eine Gleichschaltung der Berichterstattung, die sich in der Form der Freiwilligkeit vollzieht, aber die darum nicht weniger, sondern sogar noch effektiver funktioniert als die vergangene. Wüsste man es nicht besser, man könnte fast den Eindruck haben, die Kommandozentrale habe eine Direktive erlassen, wie die Lage zu sehen sei, und alle beeilen sich, ihr zu folgen. Fast ließe sich von einer deutschen Einheitslinie sprechen, so uniform ist die Berichterstattung. Ihre bestimmenden Merkmale sind eine stereotype antiisraelische Ausrichtung, die unter dem Deckmantel der Israelkritik nicht selten antisemitische Vorurteile bedient und ein platter Antiamerikanismus, der forciert wird, um in der Abgrenzung von den USA eine eigene »europäische Identität« zu etablieren und der sich doch zugleich, weil er sich gegen die USA als »Schaltzentrale des Finanzkapitalismus« richtet, als »links« versteht, in Wahrheit aber völkische »Argumentationsfiguren« wiederbelebt. Die »Neue Westfälische«, die größte Tageszeitung in Ostwestfalen, macht da gewiss keine Ausnahme. Sie schwimmt mit dem Strom. Vor wenigen Tagen erst, am 13. Juni 03, veröffentlichte sie wieder einmal einen jener Kommentare zum Nahostkonflikt, welche die Direktive mit Eifer beherzigen, die niemand ausgegeben hat und der trotzdem nahezu alle verpflichtet sind. Wenige Tage später, am 17.06. 03 folgte ein Bericht zur Lage im Iran, von dem sich dasselbe sagen lässt. Beide Artikel sind Musterexemplare der »deutschen Einheitslinie«. Deshalb setze ich mich mit ihnen im folgenden auseinander, zeige daran die Verkehrtheiten dieser »Linie« auf und eröffne eine andere Sicht der wirklichen Lage.

I. Ist Goebbels entschuldigt, weil er behindert war ?

Der NW-Kommentar vom 13.11.03 zum Nahost-Konflikt folgt einem stereotypen antiisraelischen Muster, das in dieser Zeitung zur blinden Selbstverständlichkeit geworden ist. Das grundlegende Merkmal dieses Musters ist sehr einfach:

Der (israelische) Jude (Scharon, Barak etc.) ist immer schuld. Er ist der Aggressor, die islamistischen Judenmörder von Hamas oder anderen Organisationen sind seine

Bushs Luftnummer

JÖRG RINNE

Der Nahe Osten steht wieder in Flammen. Wenige Tage nach dem Friedensgipfel von Akaba sprechen nicht mehr die Politiker, sondern israelische Hubschrauber und palästinensische Bomben.

Wie konnten die hoffnungsvoll begonnenen Friedensbemühungen so schnell ins Leere laufen? Israels unbeugsamer Premier Ariel Scharon hat alle Register seines diplomatischen Geschicks gezogen. Um die Vermittlungsbemühungen der USA nicht zu beschädigen, machte er den Palästinensern **Zugeständnisse**. Wohl wissend, dass sich die radikal-islamischen Gruppen wie die Hamas nicht auf Verhandlungsergebnisse einlassen würden. **Somit provozierte er den Konflikt** zwischen Palästinenserpräsident Mahmud Abbas und den Terror-Gruppen. **Eine Spaltung**, ja gar ein Bürgerkrieg im Gaza-Streifen und im Westjordanland **käme ihm wie gerufen**.

Und **Scharon provoziert speziell die Hamas um seinen Erzfeind Ahmed Jassin**. Der 67-Jährige ist an den Rollstuhl gefesselt und wird trotzdem ins Visier der israelischen Truppen genommen. **Das ist eine Kriegserklärung**.

Und plötzlich hat ein Mann den schwarzen Peter, der sich lange Zeit bewusst aus diesem Konflikt herausgehalten hat: US-Präsident George W. Bush. Nun sollen es die Amerikaner in Nahost richten; in Washington wird sogar schon der Einsatz von Truppen gefordert. Doch Bush hat keinen diplomatischen Pfeil im Köcher, so dass in naher Zukunft weiter die Gewalt die Region beherrscht. Bushs wohl inszenierter Auftritt in Akaba hat sich längst als Luftnummer erwiesen. [Hervorhebungen – HG]

Opfer. Er provoziert, wo er kann, schlägt zu, wo er kann, vernichtet aus purem Hass, nimmt dabei auf niemanden und nichts Rücksicht. Selbst Kinder, Körperbehinderte und unschuldige Frauen verschont er nicht. Er täuscht die Öffentlichkeit, legt Finten, trickst, will in Wahrheit keinen Frieden. Wenn er Verhandlungsbereitschaft und Entgegenkommen signalisiert, so ist das ganz gewiss nur ein Trick, um die Palästinenser/Araber zu spalten, ihre Volksgemeinschaft zu zersetzen und die Weltöffentlichkeit zu täuschen. Gegen solche Tricks und Aggressionen müssen sich die Palästinenser/Araber selbstverständlich wehren. Wenn in Jerusalem oder Tel Aviv Bomben explodieren und wieder einmal Dutzende von Juden ermordet oder schwer verletzt werden, so ist das ganz gewiss nur eine Reaktion auf das aggressive und heimtückische Vorgehen des israelischen Juden in Gestalt Scharons, für das man Verständnis haben muss. Denn wären sie nicht provoziert worden, hätte der israelische Jude ihre Volksgemeinschaft nicht durch Zugeständnisse gespalten oder durch fehlende Zugeständnisse erniedrigt, dann, ja dann wäre das alles nicht passiert.

Bisher wurde Sharon in den Kommentaren dieser Zeitung regelmäßig vorgeworfen, er provoziere die Palästinenser, weil er ein »Betonkopf« oder »Bulldozer« sei, also keinerlei Entgegenkommen zeige und sich über die berechtigten Interessen der palästinensischen »Volksgemeinschaft« rücksichtslos hinwegsetze, indem er die jüdische Armee palästinensische Städte illegal besetzen lasse. Beharrlich wurde dabei die wirkliche Ursache der israelischen Aktionen, der Aufbau einer terroristischen Infrastruktur auf dem palästinensischen Autonomiegebiet und die Planung und Durchführung terroristischer Massenmorde in Israel von diesem Gebiet aus verleugnet. So kann der Mythos vom unschuldig unterm jüdischen Joch leidenden Volk, dessen Genossen nur deshalb Mörder werden, weil sie Opfer jüdischer Vernichtungswut sind, und nicht etwa umgekehrt Opfer werden, weil sie einem eliminatorischen Antisemitismus huldigen und auf die Vernichtung der Juden aus sind, aufrecht erhalten werden. Jetzt, in der veränderten historischen Situation nach dem Fall des faschistischen irakischen Regimes, das den Vernichtungsantisemitismus zur Staatsdoktrin erhoben hatte und seit Jahren in Israel Terrorattentate gegen Juden finanzierte, zeigt der israelische Premier in Verhandlungen mit dem neuen palästinensischen Ministerpräsidenten Abbas, der der terroristischen Gewalt eine klare Absage erteilt und sich damit auch gegen alle diejenigen Kräfte in Palästina und dem arabischen Raum wendet, die in Worten und Taten für einen eliminatorischen Antisemitismus eintreten und das jüdische Israel mit Feuer und Schwert aus dem »Haus des Islam« (Dar al-Islam) zu vertreiben suchen, dasjenige Entgegenkommen, dessen angebliches Fehlen die NW bislang immer als »Betonköpfigkeit« und Dauerprovokation gewertet hat, und bleibt für die NW doch wiederum nur: der jüdische Provokateur. Nun sind eben die Zugeständnisse Scharons und die Gewaltverzichtserklärung von Abbas eine Provokation. Sie provozieren die Hamas, die sich »auf Verhandlungsergebnisse nicht einlassen« will und nicht einmal im Traum daran denkt, Juden im »Haus des Islam« als gleichberechtigte Menschen anzuerkennen, sondern nur ein Ziel verfolgt, nämlich das Haus von allen Fremden und Unreinen zu säubern. Hatte man den israelischen Premier bisher für seine Weigerung verurteilt, der Errichtung eines palästinensischen Staates auf dem Boden des Autonomiegebietes zuzustimmen, solange Organisationen wie Hamas und die PLO dieses Gebiet mit Hilfe von Geldern u. a. aus der EU, dem irakischen Regime, Syrien, dem Iran und Saudi-Arabien zur Organisationsbasis eines terroristischen Vernichtungskrieges gegen Israel ausbauen, so wird er nun **als Provokateur und Kriegstreiber diffamiert, weil er dem palästinensischen Ministerpräsidenten die nötigen Zugeständnisse macht und öffentlich seine Zustimmung zur Errichtung eines entmilitarisierten palästinensischen Staates auf dem Boden des Autonomiegebietes bis zum Jahr 2006 bekundet.** Welch eine an Dreistigkeit kaum noch zu überbietende Verdrehung. Man stelle sich nur einen Augenblick lang vor, der israelische Premier hätte dem friedenswilligen Abbas keine Zugeständnisse gemacht und der »road map« **nicht** zugestimmt und eben damit nach Auffassung von Rinne keine Spaltung in der

»palästinensischen Volksgemeinschaft« provoziert? Was glauben Sie, wie derselbe Kommentator dann erst vom Leder gezogen, dem jüdischen Premier jeden Friedenswillen – dann vielleicht sogar mit einigem Recht – abgesprochen hätte und sich in seiner vorgefassten Meinung über den jüdischen Premier bestätigt gefühlt hätte? Was dieser auch tut, ob er Zugeständnisse macht oder verweigert, der Errichtung eines palästinensischen Staates zustimmt oder seine Zustimmung verweigert, jüdische Siedlungen auflöst oder es unterlässt, er hat immer schuld. Er und seinesgleichen provozieren jene Terrorattentate, denen Juden zum Opfer fallen, in Israel und anderswo, die Mörder reagieren nur auf die jüdische Provokation. So einfach ist das! Und so altbekannt! Ein altes antisemitisches Stereotyp tarnt sich hier als »kritische Äußerung zur israelischen Politik«. Das Stereotyp lautet: »Der Jude« hat an seiner Verfolgung selber Schuld! Er ist der eigentliche Täter, der im Geheimen die Fäden zieht, und die Täter, die zur Vernichtung schreiten, sind nur seine Opfer. Sie projizieren ihre Vernichtungswut nicht in die Juden hinein, um sie unter dem Vorwand des

Selbstschutzes der Vernichtung preiszugeben. Nein! Die Juden sind so: sie wollen die Welt und natürlich auch Palästina als Schaltzentrale beherrschen, wollen die widerständigen »Volksgemeinschaften« spalten und zersetzen. So waren sie immer schon, herrschsüchtig und raffgierig und ohne wahre Innerlichkeit. Und deshalb geschieht es ihnen recht, wenn sich die Völker und allen voran das palästinensische Volk (wie einst das deutsche) aus Selbstschutz gegen sie vorgehen.« »Israel will die Hamas vernichten« schreibt die NW in dicken Lettern auf Seite eins in derselben Ausgabe, in dem sie den unsäglichen Kommentar von Rinne veröffentlichte, ganz gewiss nicht zufällig und fügt an: »Palästinenser drohen weitere Anschläge an«. Das ist zwar eine Lüge, aber eine, die das antisemitische Stereotyp bedient und deswegen vom manch einem gewiss gern gelesen wird. Man weiß, was man seinen

**Israel will die
Hamas vernichten**

Palästinenser drohen weitere Anschläge an

□ Gaza/Jerusalem (dpa). Bei einem neuen israelischen Raketenangriff auf Hamas-Aktivisten sind in Gaza sieben Palästinenser getötet worden, darunter zwei Kleinkinder. Es war der fünfte israelische Hubschrauberangriff in der Stadt innerhalb von zwei Tagen.



Geistiger Führer der Hamas: *Abmed Jassin* bei einem Trauergottesdienst in Gaza. FOTO:AP

Lesern schuldet und wie man in Deutschland eine Volksgemeinschaft schmieden kann.

Wahr ist das Gegenteil. Das jüdische Israel will nicht die Hamas vernichten, wohl aber sich von der Hamas nicht vernichten lassen. Deshalb wird »Israel damit fortfahren, Ziele, die als Zeitbomben definiert werden können, zu bekämpfen.« (Scharon) Wenn die Hamas ein friedliches Zusammenleben zwischen Juden und Arabern in Israel und Palästina anstreben würden, das es den einen wie den anderen ermöglichen würde, ohne Angst verschieden zu sein, dächte kein Jude, auch nicht der israelische Premier, daran, Hamas zu bekämpfen. Auch der gegenwärtige Kampf gegen die Hamas zielt nicht darauf ab, Menschen, die anderes sind, zu vernichten, wie die Überschrift der NW »Israel will die Hamas vernichten« nahe legen könnte. Der Kampf der israelischen Regierung richtet sich ausschließlich gegen die terroristische Infrastruktur und jene selbsternannten Führer, die sie aufbauen, um wahllos möglichst viele Juden ermorden zu können. Während das israelische Militär nach den letzten Massakern an Juden gezielt nur solche Führer des Terrors angegriffen hat, die in den palästinensischen Autonomiegebieten seit Jahren unbehelligt ihre Mordaktionen organisieren können und darin sogar noch von der Autonomiebehörde unterstützt wurden, handelt es sich bei den Attentaten der Hamas und anderer arabischer Terrororganisationen in der Tat um Vernichtungsaktionen, um Massenmorde an der Zivilbevölkerung, die möglichst viele Juden treffen sollen, egal ob die Opfer religiös sind oder nicht, Befürworter oder Gegner Scharons sind, für ein friedliches Zusammenleben mit den Arabern eintreten oder nicht. Sie werden

ermordet, nur weil sie Juden sind, und je mehr Unschuldige getötet oder verletzt werden, um so erfolgreicher ist das Attentat, um so mehr wird der Attentäter als glorreicher Held gefeiert. Vernichtungsabsichten werden nicht in der israelischen Verfassung und auch sonst nirgendwo in Israel, wohl aber in der Charta der Hamas und der PLO propagiert. Nicht Israel führt also einen Vernichtungskrieg gegen Menschen, die anders sind, sondern die Hamas führt einen Vernichtungskrieg gegen Israel und die Juden. Ihr »Grundgesetz« ist ein eliminatorischer Antisemitismus ohne wenn und aber, ein totaler Vernichtungswille. Die Vernichtung Israels ist dabei nur der Anfang, nur die erste Etappe für einen weltweiten antijüdischen Vernichtungskrieg, der allen »zionistischen Organisationen« gilt. Die Hamas macht daraus auch gar kein Geheimnis. Sie bekennt sich öffentlich zu diesem Programm. So heißt es in Artikel 6 der Charta, die bis heute unverändert Gültigkeit hat, die Hamas werde **»das Banner Allahs über jeden Zentimeter Palästinas hissen ... Für das palästinensische Problem gibt es keine Lösung außer dem heiligen Krieg. Initiativen, Resolutionen und internationale Konferenzen sind reine Zeitverschwendung.«** (zit. nach Küntzel, Jihad und Judenhaß, Freiburg 2002, S. 111) Sie strebe, aber nicht nur, so heißt es in der Charta weiter, die Lösung des palästinensischen Problems an, sondern werde als »größte islamische Bewegung der modernen Ära«, als »Weltorganisation« und »Speerspitze« im Kampf gegen das »internationale Judentum« darüber hinaus, so Artikel 17 der Charta, **»alle [zionistischen] Organisationen, die Feinde der Menschheit und des Islam sind, ausrotten«** (a.a.O., 110). Diese Ausrottung, so deklariert die Charta, sei notwendig, weil die kosmopolitischen Juden als der »Feind der Menschheit« nur Unheil über die Welt bringen. Sie hätten hinter der französische Revolution, der kommunistischen Revolution, dem ersten Weltkrieg und der Gründung der Vereinten Nationen gesteckt, ihnen verdanke man die unislamischen Emanzipationsbestrebungen der muslimischen Frau und sie schließlich steckten auch hinter jedem Krieg. Denn »es gab keinen Krieg an irgendeinem Ort, der nicht ihre [der Juden] Fingerabdrücke trüge« (a.a.O., 111) . Scheich Jassin, der Führer der Hamas, kennt als Führer und Prophet sogar schon den Zeitpunkt der Auslöschung Israels durch den heiligen Krieg. Im Jahre 2027, so lässt er verlauten, sei es definitiv soweit. (a.a.O. 149) Dann werde das Banner Allahs über jeden Zentimeter Palästinas wehen. Das werde der Beginn eine neuen Epoche sein, in welcher der Islam sich früher oder später verbreiten und die gesamte Welt beherrschen wird.

In dieser Zielsetzung stimmen Jassin und seine Terrororganisation im übrigen mit Arafat und der PLO überein. Arafat hat nie das oberste Ziel aller seiner Aktivitäten – die Auslöschung Israels und die Vertreibung der Juden aus dem »Haus des Islam« – aus den Augen verloren. Für ihn bedeutet wirklicher »Frieden«, wie er 1980 in der Zeitung El Mundo erklärte, »die Zerstörung Israels: »Wir sind auf einen **totalen Krieg** eingerichtet, einen Krieg, der sich über Generationen hinziehen wird.« Arafat bekräftigt damit, was die Charta der PLO ohnehin von jedem Palästinenser in Artikel 7 fordert, nämlich »sich auf den bewaffneten Kampf vorzubereiten und bereit [zu] sein, Besitz und Leben zu opfern, um sein Vaterland wiederzugewinnen... **Der bewaffnete Kampf ist der einzige Weg zur Befreiung Palästinas.**« (a.a.O., 116) Sein Ziel muss nach Artikel 15 der PLO-Charta sein, **»den Zionismus in Palästina auszutilgen«**. (a.a.O., 113) Auf dem Werg dorthin dürfe man mit dem Feind zwar Abkommen schließen, sie aber nur in dem Sinne respektieren, wie das der Prophet Muhammad und Saladin zu ihrer Zeit getan haben. Das heißt: Abkommen sollen in Zeiten der Schwäche respektiert werden, um die eigenen Kräfte zu schonen und neu aufbauen zu können, und dann, wenn die Kräfte erstarkt sind, um des Endziels willen gebrochen werden.

Man sage nicht, es sei der Hamas und der palästinensischen Autonomiebehörde nicht klar, in welchem ideologischen Fahrwasser sie sich damit bewegen. Sie wissen es und fühlen sich in diesem Fahrwasser wohl. Das bekundet unter anderem das Vorwort des arabischen Übersetzers von Hitlers Programmschrift »Mein Kampf«, die 1999 in der Bestsellerliste der Autonomiegebiete auf Platz sechs rangierte und deren Verbreitung von der

Autonomiebehörde unter Arafats Führung ausdrücklich autorisiert wurde. Dort heißt es: »Adolf Hitler gehört nicht nur den Deutschen; er ist einer der wenigen großen Männer, die die Bewegung der Geschichte beinahe gestoppt hätten ... Der Nationalsozialismus ist mit dem Tode seines Verkünders nicht gestorben. Seine Saat ist vielmehr unter jedem Stern aufgegangen.« (a.a.O., 117)

Was erwartet die NW (Rinne) von dem israelischen Premier eigentlich, wenn sie trotz des erklärten und zum Programm erhobenen Willens der Hamas, sich auf keine Verhandlungsergebnisse mit dem zur Vernichtung bestimmten Feind einzulassen, ausgerechnet ihm und nicht der Hamas und ihrem Führer, der unablässig zum heiligen Krieg gegen den Staat Israel und die Juden aufruft, vorwirft, er provoziere und seine Provokationen seien eine Kriegserklärung. Nun, sie erwartet nicht weniger, als dass die israelische Regierung einer Organisation entgegenkommt und Zugeständnisse macht, die sich die Vernichtung Israels, des Zufluchtsortes der Juden, zum Ziel gesetzt hat und von der sie weiß, dass sie solche Zugeständnisse Israels nutzt, um ihrem für das Jahr 2027 anvisierten Ziele näher zu kommen. Sie prangert in ihren Kommentaren regelmäßig die israelische Regierung und die große Mehrheit der Juden Israels an, die dem eliminatorischen Antisemitismus, keine Chance geben wollen und zeigt Verständnis für die vernichtungswütige Organisationen, die sich, so jedenfalls der Eindruck, den der Kommentar von Rinne vermittelt, zu recht provoziert fühlt, wenn nur Abbas, aber nicht ihr Zugeständnisse gemacht werden. Schamlos wird selbst noch die Körperbehinderung von Jassin, dem Propheten der Vernichtung, zur Waffe im antiisraelischen Propagandafeldzug der NW umfunktioniert. Sie muss zur verlogenen Moralisierung des Konflikts herhalten. Diese wiederum soll demonstrieren, wie »gut« man selber ist und wie böse der jüdische Premier: »Obwohl der 67-Jährige [Jassin] an seinem Rollstuhl gefesselt [ist], wird er trotzdem ins Visier der israelischen Truppen genommen«. Sie soll darüber hinaus ermöglichen, Ursache und Wirkung umzukehren: »Das ist eine Kriegserklärung«. Kann man sich da noch wundern, soll der Leser folgern, wenn die Hamas auf diese angebliche Provokation mit neuen mörderischen Attentaten reagiert?

Wahr jedoch ist: (1) Die Körperbehinderung des Scheichs Jassin tut nichts zur Sache. Sie ist völlig irrelevant für die zu beurteilenden Sachverhalte und Taten der Hamas und des Scheichs. Ob mit oder ohne Körperbehinderung: Scheich Jassin ist der Führer einer terroristischen Organisation, die Israel bis 2027 eliminieren will. Er propagiert seit Jahrzehnten den »heiligen Krieg« gegen Israel und die Juden und droht jedem Palästinenser, der friedlich mit Juden zusammenleben möchte, als angeblichem Kollaborateur mit dem Tod. Das allein zählt in diesem Zusammenhang. Seine Körperbehinderung kann doch nicht dazu führen, dass man für ihn andere moralische Maßstäbe gelten lässt als für andere Menschen und ihn etwa ungehindert sein Geschäft, die Propaganda und Organisation des Massenmordes, weiterführen lässt! Im übrigen gab es schon einmal einen Körperbehinderten, der Massenmorde an Juden propagierte (Goebbels). Hätte man auch ihn wegen seiner Körperbehinderung nicht ins Visier nehmen dürfen? Handelten die Amerikaner, die das trotzdem taten, unmoralisch? Oder war es nicht vielleicht doch eher Goebbels, dessen Taten unmoralisch und Verbrechen gegen die Menschheit waren? Aber was schert das alles Herrn Rinne von der NW. Dass Scheich »Jassin« an den Rollstuhl gefesselt ist, kommt ihm einfach wie gerufen, um ein antisemitisches Klischee zu bedienen – das Klischee vom bösen Rachejuden, der über Leichen geht und dabei selbst wehrlose Behinderte und unschuldige Kinder nicht schont (also genau das tut, was die Deutschen den Juden angetan haben)

(2) Nicht Israel erklärt den Krieg, sondern der Vernichtungskrieg gegen Israel und die Juden auf aller Welt ist, wie gezeigt, längst erklärt, und indem man ihn nicht nur in der NW, sondern nahezu in der gesamten Deutschen Presse mit Nachdruck immer wieder zur Reaktion auf inhumanes israelisches Vorgehen z. B. gegen Behinderte oder unschuldige Kinder verkehrt, lügt man und leistet der Vernichtungspropaganda Vorschub, indem man stilles Einverständnis signalisiert.

Noch ein weiteres Stereotyp bedient Rinne, nämlich das vom Juden als Spalter der homogenen Volksgemeinschaft, dem im Nahostkonflikt »eine Spaltung [...] im Gaza-Streifen und im Westjordanland gerade recht« käme. Kaum hat ein Politiker aus den palästinensischen Autonomiegebieten es gewagt, sich gegen die Politik der Gewalt von PLO (Arafat) und Hamas (Jassin) und für ein friedliches Zusammenleben mit den Juden in zwei Staaten auszusprechen, kaum hat ihm der jüdische Premier die Hand gereicht, und es tut sich zaghaft eine neue Perspektive der Zusammenarbeit auf, da ruft die NW dem neuen Ministerpräsidenten Abbas, der den Terror besiegen will, schon »Spalter« zu und erneuert unterschwellig die alte Mär vom »homogenen Volk« und »den Juden« und ihren Handlangern als den Spaltern: Scharon der Spalter und Abbas sein Handlanger. Eine Wahnvorstellung! Rinne teilt sie mit der Hamas und PLO. So sehen sie die Welt: Hier das homogene, echte, unverdorbene Volk mit der wahren Religion, dort der spaltende und zersetzende Jude mit der Religion der Lüge und der Täuschung. Wer sich auf ihn einlässt, wird selbst zum Spalter, provoziert den völkischen Konflikt. Vaehe! Ihr Leitbild vom »homogenen, einheitlichen Volk« ist eine ideologische Konstruktion, mit der die Erpressung anderer, die anderes denken und anderes wollen – wie Abbas – legitimiert werden soll, ist eine Konstruktion im Dienste jener Form der Herrschaft, welche die Vielfalt, die Verschiedenheit, die Freiheit, ohne Zwang miteinander Politik machen zu können, unterdrückt, die mit Zwang und, wenn nötig, mit terroristischer Gewalt alles liquidiert, was der herrschenden Linie widerspricht. Wo Freiheit herrscht und die Möglichkeit zur Politik aus Freiheit gegeben ist, da bedeutet der Widerspruch und das Beginnen des Neuen, das Abbas riskiert, schon deswegen nicht »Spaltung«, weil die Homogenität kein Leitbild ist. Als Spaltung und Provokation empfinden und definieren den Widerspruch nur jene, welche der Freiheit keinen Raum geben wollen, weil sie ihre Herrschaftsansprüche bedrohen könnte und denen deshalb die erpresste Einheit über alles geht. Sie sind deshalb die wirklichen »Spalter«. Sie spalten, indem sie denjenigen, der anders denkt und anderes will, gewaltsam ausgrenzen und sich berufen fühlen, zu definieren, wer noch dazugehört und wem als »Spalter« und »Kollaborateur« der Tod anzudrohen ist. Der Tod - das ist die Realität und die wirkliche Geschichte der mit blutiger Gewalt erpressten palästinensischen Volksgemeinschaft. »Die Befreiung«, heißt es in einem von der Hamas verteilten Flugblatt »wird nicht vollendet werden ohne Opfer, Blut und Djihad, der bis zum Sieg fortgesetzt wird.« Wer sich weigert dabei mitzumachen und für eine auch nur bedingte Zusammenarbeit mit den Juden eintritt, wird mit dem Tode bedroht. Immer aber hat es unter den Palästinensern solche Menschen gegeben, die sich dem blutigen Vernichtungswahn aus freien Stücken entgegenstellten und für Zusammenarbeit plädierten. In den dreißiger Jahren, als noch kein Scharon aktiv war, waren es die Nashashibis. Sie wurden in den Jahren von 1936 bis 1939 von den Husseinis, den Anhängern des damaligen Muftis von Jerusalem, der ein begeisterter Verfechter des nationalsozialistischen Vernichtungsprogramms war, als »unislamische Abweichler« massenhaft liquidiert. Ähnliches geschah fünfzig Jahre später. Nach vorsichtigen Schätzungen wurden allein zwischen 1987 und 1993 mindestens 942 Palästinenserinnen und Palästinenser als vermeintliche »Kollaborateure« ermordet, darunter laut Küntzel (109) etwa 130 Personen, die unter dem Vorwand der moralischen Verfehlung (Prostitution, Videohandel etc.) getötet wurden. So sieht die spaltungsfreie, homogene Volksgemeinschaft aus: ein repressiver, auf Terror nach außen und nach innen gegründeter Zwangsverband, der alle gleichschaltet und nichts duldet, was anders ist. Die terroristische Gewalt braucht den äußeren Feind, um in der gewaltsamen Abgrenzung von ihm das Zwangskollektiv zur »Einheit« zusammenzuschmieden und sich als unkritisierbare oberste Gewalt zu behaupten. Der Selbstmordkrieg ist ein kühl kalkuliertes Mittel solcher Politik, deren Maxime ist: Kampf gegen jeden Versuch einer friedlichen Lösung des Konfliktes, Zerschlagung jeden Versuchs eines israelisch-arabischen Dialogs, Zerstörung jeder Gemeinsamkeit mit Israelis, die ihrerseits den Rückzug ihres Staates aus den besetzten Gebieten fordern. In einer solchen Situation, den israelischen Premier, der bereit ist, mit

Abbas einen neuen Versuch der friedlichen Lösung des Konfliktes zu wagen, einen »Spalter« zu nennen, heißt sich auf die Seite der terroristischen Hamas zu schlagen und die Situation mit ihren Augen zu sehen. Es gibt für keinen israelischen Ministerpräsidenten einen anderen Weg zum Frieden als den, die Hand dessen zu ergreifen, der trotz der gegen ihn ausgestoßenen Drohungen zur Zusammenarbeit und zum Frieden in Freiheit bereit ist. Dieser Weg verdient tatkräftige Unterstützung und die terroristische Politik, die das zu verhindern sucht, unsere entschiedenste Ablehnung. Die NW aber geht in ihrem Kommentar den umgekehrten Weg. Sie affirmiert die Position der Hamas, signalisiert ihr ein heimliches Einverständnis und diffamiert den Weg der friedlichen Zusammenarbeit, den Scharon und Abbas gehen wollen, als Provokation. Mit schlafwandlerischer Sicherheit werden von ihr reaktionäre Muster der Kapitalismuskritik als Empörung über den »Unilateralismus« der USA und als Verdammung des israelischen »Vernichtungskrieges« gegen Palästinenser oder Araber mit neuem Leben gefüllt. Alter, verdorbener Wein in nicht einmal mehr neuen Schläuchen.

Dazu fügt sich nahtlos die Berichterstattung der NW über die Kampagne und politische Kamikaze-Aktion Möllemanns. Unentwegt wurde in der NW die Mär verbreitet, Möllemann sei wegen »kritischer Äußerungen zur israelischen Politik« in seiner Partei in Schwierigkeiten geraten. In der Ausgabe der NW vom 14. Juni heißt es dazu: »Möllemann hatte im Bundestagswahlkampf 2002 ein Flugblatt mit kritischen Äußerungen zur israelischen Politik veröffentlicht und war damit auf Widerstand bei seiner Parteispitze gestoßen.« Damit wird insinuiert, man dürfe in der FDP und in der deutschen Öffentlichkeit nicht ungestraft Kritik an der Politik der israelischen Regierung üben und Möllemann habe letztendlich doch recht gehabt, wenn er sich als »Tabubrecher« gesehen habe, der gegen das klammheimliche Verbot mannhaft aufgestanden sei. Das ist und bleibt falsch. Möllemann ist nicht wegen »kritischer Äußerungen zur israelischen Politik« in politische Schwierigkeiten gekommen. Das weiß die NW sehr gut. Sie weiß auch, dass die Kritik an der israelischen Regierung in Deutschland mitnichten ein Tabu, sondern der deutschen Presse mehrheitlich sogar eine Herzensangelegenheit ist. Die NW lässt selber keine Gelegenheit aus, solche »Kritik« zu üben. Wahr ist: Möllemann ist wegen antisemitischer und nicht wegen israelkritischer Äußerungen kritisiert worden. Sein Kommentar zu einem kurz vorher an Juden in Israel begangenen Massaker, »er [Möllemann] würde sein Vaterland auch [wie die Palästinenser] im Lande des Feindes verteidigen« und seine Äußerungen, dass »Scharons Politik« und »Friedmann mit seiner gehässigen und arroganten Art mehr Antisemitismus produzieren als ...« (Äußerungen, die ich leider nur noch dem Sinne nach, nicht mehr im Wortlaut wiedergeben kann) sind keine Kritik an der Politik der israelischen Regierung, sondern antisemitische Äußerungen, die sich allenfalls als Kritik ausgeben. Möllemanns Kommentar rechtfertigt den gerade zuvor begangenen Massenmord an israelischen Zivilisten oder signalisiert zumindest sein heimliches Einverständnis und seine Äußerungen über Friedmann und Scharon sind antisemitisch, weil sie »Arroganz« und »Gehässigkeit« zum Wesensmerkmal von Juden und die Politik Scharons zu einer Praxis erklärt, in der sich das als aggressiv unterstellte jüdische Wesen manifestiert. Das ist keine Kritik einer bestimmten Politik, wie die NW suggeriert, sondern Antisemitismus und muss als das, was es ist, auch beim Namen genannt werden. Das aber will die NW offenkundig nicht. Sie will den Anfängen nicht wehren, sondern lieber mit dem Strom schwimmen, auf Israel dreinschlagen und sich selber als mutige »Tabubrecherin« vorkommen.

II. »Klammheimliche Freude ...«

Provokateure sind aber nicht nur die Israelis, sondern auch »die Amerikaner«, so weiß die NW/HK am 17.06.03 in ihrer Berichterstattung über die Demonstration gegen das autoritäre, theokratische Regime im Iran uns unter der fetten Überschrift »Klammheimliche Freude in den USA« auf Seite zwei der Ausgabe zu »berichten«. Die USA arbeiten laut NW/HK »mehr

Klammheimliche Freude in den USA

*Proteste in Iran passen Bush prima ins
Konzept*

Von Christiane Oelrich

Washington (dpa). Die USA lehnen sich nicht gerade aus dem Fenster, um den iranischen Vorwurf zu entkräften, sie heizten die Demonstrationen in Teheran an. „Die Menschen fangen an, sich für einen freien Iran auszusprechen - ich finde das positiv“, sagte Präsident George W. Bush am Wochenende.

Die Protestnote, die Teheran nach Angaben von Außenamtssprecher Hamid Resa Assefi überreichte, lässt die Amerikaner kalt. Die USA mischten sich in die inneren Angelegenheiten Irans ein, protestiert die Teheraner Regierung. Genau, das haben die Amerikaner, die im kompromisslosen Kampf gegen den Terror die diplomatischen Handschuhe beiseite gelegt haben, erklärtermaßen vor.

Regimewechsel im Iran - das ist zwar anders als im Irak zu Saddams Zeiten nicht die offizielle US-Politik, doch macht die US-Regierung kein Hehl daraus, wohin sie das Mullah-Regime wünscht. Ende Mai kursierten erstmals Gerüchte, die US-Regierung wolle nun mehr oder weniger aktiv auf einen Volksaufstand im Iran hinarbeiten.

(...)

„Die USA stehen hinter den Sehnsüchten des iranischen Volkes“, sagt die Nationale Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice. Die USA wollten an der Regierung vorbei, direkt zum iranischen Volk sprechen, im Kongress liegt ein Gesetzentwurf, der 50 Millionen Dollar für „demokratische Initiativen“ in Iran lockermachen würde. Das Geld käme unter anderem iranischen Exilsendern in Kalifornien zu Gute, die schon jetzt nach Kräften dafür sorgen, dass die ermutigenden Worte der US-Führungsspitze in Teheran auch ankommen.

(...)

Das Engagement der Amerikaner in Iran könnte auch nach hinten losgehen, warnen inzwischen einige Experten. „Es besteht eine unheilige Allianz zwischen der Bush-Regierung und den iranischen Hardlinern“, warnte Kaveh Ehsani, Herausgeber der gemäßigten iranischen Zeitschrift „Dialog“. „Die Hardliner können argumentieren, dass es eine Bedrohung von außen gibt und sie im Namen der nationalen Einheit eben hart durchgreifen müssen.“

oder weniger aktiv auf einen Volksaufstand im Iran hin«, hetzen die iranische Bevölkerung gegen das iranische Regime auf und provozieren dadurch, wie Scharon die Hamas, die »Hardliner« in der iranischen Regierung. Liegt es da nicht nahe, suggeriert die NW/HK ihren Lesern, dass diese sich das nicht bieten lassen werden und »weil es eine Bedrohung von außen gibt... im Namen der nationalen Einheit .. hart durchgreifen müssen.« Wieder wird die »nationale Einheit« beschworen und heimliches Einverständnis mit dem autoritären Herrschaft signalisiert, die im Namen der nationalen Einheit gegen die angeblich von außen aufgehetzten Spalter mit willkürlichen Verhaftungen, unfairen Gerichtsverfahren, Einsatz von Schlägertruppen

hart durchgreift, nach wie vor demokratische Parteien und Organisationen verbietet und Menschen allein wegen ihrer politischen Aktivitäten, ethnischen Zugehörigkeit oder ihres manifesten Unglaubens verfolgt, unterdrückt und hinrichtet. Nur geht die Autorin dieses Artikels etwas geschickter vor. Was sie dem Leser nahe legen will, sagt sie nicht selbst, sondern legt es dem Herausgeber der »gemäßigten iranischen Zeitschrift ›Dialog‹« in den Mund. Ihn lässt sie sagen: »die Hardliner könnten argumentieren, dass es eine Bedrohung von außen gibt ...« Zuvor aber hat sie selbst klar gemacht, dass, sollten die Hardliner so argumentierten, sie wirklich recht hätten. Denn, so der Originalton der Autorin, die USA arbeiten »aktiv auf einen Volksaufstand in Iran hin« und sie »lehnen sich wirklich nicht aus dem Fenster, um den iranischen Vorwurf zu entkräften, sie heizten die Demonstrationen in Teheran an.« Wenn es also wieder einmal eine Welle willkürlicher Verhaftungen, Volksgerichtshofsverfahren, Drangsalierungen und Folter anders Denkender im Iran gibt, sind es demnach wohl die USA, die letztlich die Schuld daran trügen. Hätten sie sich nur – wie »wir Deutscheuropäer« - herausgehalten, wäre das alles so nicht passiert. Sie sind Schuld an dem »harten Durchgreifen« der autoritären Macht im Iran, die keinen Widerspruch duldet, so wie die israelische Regierung schuld ist an dem Terror von Hamas, PLO und Hisbollah, der von dem autoritären Regime im Iran mitfinanziert wird. Sie bilden mit den iranischen Hardlinern eine »unheilige Allianz«.

Richtig ist doch wohl umgekehrt, dass der Herausgeber der »gemäßigten Zeitschrift« in einer »unheiligen Allianz« mit dem autoritären Regime steht. Schon der Name seiner Zeitschrift ist eine Lüge. Einen »Dialog« kann es unter den Bedingungen eines autoritären Regimes, das jeden Widerspruch als Gefährdung der nationalen und religiösen Einheit begreift und verfolgt, nicht geben. Der Dialog setzt Freiheit zur Rede und Gegenrede, zum Widerspruch voraus. Nur wo man ohne Angst, verschieden sein kann, sind wirkliche Dialoge möglich. Nicht aber unter einem Regime wie das im Iran oder gar mit ihm. Wer das vorgibt, lügt. Sein

Dialogangebot dient dazu, die Leute zum Kuschen zu bewegen, den Protest gegen die repressive Herrschaft umzufunktionieren und auf sanftere Weise in den diktatorischen Herrschaftszusammenhang zu integrieren. Sein »Dialog« ist das Zuckerbrot zur Peitsche. Die mutigen Demonstranten in Teheran, Mesched und Schiras wissen oder ahnen das, nicht aber die Autorin des NW-Artikels.

Eine »unheilige Allianz« mit den Hardlinern des Regimes bildet ferner auch die NW/HK, die uns weis machen will, Kuschen vor der autoritären Herrschaft in der Scheinform des Dialogs und Raushalten, »alles tun, um den Vorwurf zu entkräften, man heize den Dialog von außen an«, sei das richtige Verhalten gegenüber dem autoritären Regime und helfe der Emanzipationsbewegung im Iran mehr als die offene und entschiedene Kritik des Regimes und die wirklich tatkräftige, materielle Unterstützung der demokratischen Bewegung. Was für ein Schmarren! Das autoritäre Regime im Iran »könnte nicht nur argumentieren, dass.. «, sondern es wird ganz gewiss den »Satan Amerika« und den »Zionismus« für die »Untriebe« im Iran verantwortlich machen, überall Provokateure und ausländische Machenschaften wittern, Freimaurer, Illuminaten, die Rothschilds, den Mossad, die CIA, die Weisen von Zion und was und wen auch immer am Werke sehen, und wenn es das tut, »argumentiert« es nicht, sondern betreibt faschistische Propaganda, die sich einen Dreck um den Wahrheitsgehalt ihrer Behauptungen kümmert. Die homogene »nationale Einheit« von Herrschaft und Unterdrückung braucht immer den sie bedrohenden äußeren Feind, gegen den sie sich durch Zwang, Erpressung und Liquidierung der fünften Kolonnen wappnen muss. Je größer der in die Welt hineinprojizierte Feind, je satanischer sein Wesen, desto nötiger der erpresste Schulterchluss, die »innere Einheit«, desto göttlicher das einige Kollektiv, das keine Parteien mehr kennt, sondern nur noch einige Volksgenossen. Sich herauszuhalten und sich dabei vormachen, nichts zu tun, was den iranischen Hartlinern einen Vorwand liefern könnte, helfe der demokratischen Bewegung im Iran, ist darum das Verkehrteste, was man machen kann. Es ist der Verrat an den Menschen, die dort gegen den Terror des Regimes auf- und für individuelle Freiheitsrechte und Demokratie eintreten. Regimes dieser Art akzeptieren nur die demokratische Gegengewalt, die Fakt ist, die nicht zurückweicht, sich laut und vernehmlich äußert und nicht aus Angst, sie könne sich ein Exportgeschäft verderben, kuscht und den Mund hält. Deshalb handelt die Regierung der vereinigten Staaten richtig, wenn sie sich in aller Öffentlichkeit zu den schlimmen Vorgängen äußert, scharfen Protest gegen die Willkürmaßnahmen des Regimes einlegt, die systematische Unterstützung weltweit gegen Juden und »Juden-Christen« operierender Terrorgruppen durch den Iran öffentlich anprangert und demokratischen Oppositionsgruppen im Iran im Gegensatz zu Deutschland und der EU, die beide seit Jahren das iranische und andere antidemokratische, autoritäre Regimes in der Region stabilisieren, auch materiell unterstützt.

Richtig wäre es, sich dem anzuschließen und dem autoritären Regime jedwede Unterstützung zu entziehen, sie aber den demokratischen Oppositionsgruppen, die sich aus dem Gehäuse der Hörigkeit befreien wollen, zu schenken. Richtig wäre es, die internationale Öffentlichkeit unnachgiebig über die wirklichen Verhältnisse im Iran, die Drangsalierungen, Schikanen, Scheinprozesse, Willkürverhaftungen aufzuklären, zum weltweiten Protest gegen solche Herrschaftspraxis zu ermuntern und dadurch mäßigen Druck auf das Regime auszuüben. Nichts dergleichen aber geschieht in Deutschland. Stattdessen wird in der hiesigen Presse dem »provozierten Regime« mehrheitlich klammheimliches Einverständnis signalisiert und die vorrevolutionäre Situation dazu benutzt, sich wieder einmal als angebliche »Friedensmacht« gegen die USA abzugrenzen und antiamerikanische Ressentiments zu bedienen. Aber kann man anderes erwarten in einem Land, in dem die inszenierte Volksgemeinschaft gerade noch alles ihr nur erdenkliche Mögliche getan hat, ein anderes mörderisches Regime, dem jeder einzelne nichts und seine Herrschaft alles war und das den Vernichtungsantisemitismus zur Staatsdoktrin erhoben hatte, zu stabilisieren und zu diesem Zweck die Massenpropaganda vom »großen Satan« USA auf Touren brachte? Vielleicht ist hierzulande der Wille zur Freiheit schon so stark beschädigt, dass man sich tatsächlich nicht mehr vorstellen kann, es

könnte Menschen geben, die aus freien Stücken um ihrer Selbstachtung und Menschenwürde willen auf die Straße gehen, um einen Raum der Freiheit zu erkämpfen, der einen wirklichen politischen Dialog und ein demokratisches politisches Gemeinwesen ermöglichte, dessen volle Verwirklichung bislang überall noch aussteht. Deswegen kann man wohl auch nicht anders, als in den Aufständischen nach dem Strickmuster von Frau Oelrich Marionetten einer fremden Administration zu erblicken, die im Hintergrund die Fäden zieht. Man belehnt die Außenwelt mit dem, was in einem ist, und erklärt sich so die Welt.

Soviel ist jedenfalls klar: Die NW/HK ist nicht mit den Verzweifelten, die vor den Kadi geschleppt und abgeurteilt werden. Sie ist nicht mit den Aufständischen, die keine Zeit mehr haben, sondern sich jetzt wehren müssen. Sie ist mit denen, die Zeit haben und ›die an der längeren Leine ziehen‹. Für sie wird es nie den richtigen Zeitpunkt geben, aufzustehen und sich gegen das, was die Menschen kaputt macht, zu wehren. Sie gehört zu jenen »Gemäßigten«, die mit dem, gegen das die Aufständischen sich wehren, weil es sie kaputt macht, heimlich im Bunde ist.

Zum Schluss noch eine kleine Bemerkung: Es ist nicht schwer, vorherzusehen wie die völkische Linke, die eigentlich eine Spielart der Rechten ist, auf diesen Artikel reagiert. Sie wird sagen, mir fehle einfach der Durchblick, ich sei nicht amerika- und israelkritisch genug. Es ginge der konservativen Bushregierung doch nicht um Demokratie, Freiheit und Emanzipation. Das sei doch nur der Deckmantel, der schöne Schein, hinter dem sich in Wirklichkeit ganz andere Dinge vollzögen. In Wirklichkeit ginge es um imperiale ökonomische Interessen der USA. Man brauche im Iran ein Amerika höriges Regime an der Macht, um die Vormachtstellung der USA im Nahen Osten und den Freihandel mit Öl, sprich die Ölversorgung des Westens zu sichern.

Gewiss, geht es darum auch, vielleicht sogar vor allem anderen darum. Aber ebenso gewiss geht es auch Deutschland und die EU um ihre eigenen Interessen. Auch ihnen geht es darum, sich eine Weltmachtstellung zu verschaffen und den USA imperiale Konkurrenz zu machen. In diesem »Spiel« imperialer Interessen setzen aber die USA seit dem 11. September erkennbar nicht mehr auf das appeasement mit antidemokratischen, autoritären Regimes, die den Vernichtungsantisemitismus zur Staatsdoktrin gemacht haben und in Israel und zunehmend weltweit Terror verbreiten, während die EU sich immer noch massiv um die »Stabilisierung« gerade dieser Regime bemüht und im Pakt mit solchen Regimes sich Weltgeltung zu verschaffen versucht. Dieser Unterschied im Modus der Realisierung des imperialen Strebens ist durchaus nicht unerheblich. Er kann über Leben und Tod ungezählter Menschen entscheiden. Ferner ist Kapitalismus auch nicht einfach nur gleich Kapitalismus, und der »schöne Schein« nicht einfach nur »bloßer Schein«. Er ist ein realer Schein, der reale gesellschaftliche Wirkungen entfaltet und an etwas erinnert, das noch aussteht und zu vollbringen ist. Mindestens das sollten deutsche »Linke« doch aus ihrer eigenen Geschichte gelernt haben, nämlich dass es einen gewaltigen Unterschied ausmacht, ob man einer autoritär-staatlichen Form des Kapitalismus subsumiert ist oder unter einer liberalen, sozialstaatlich abgefederten Form sein Dasein fristet. Diese Form, in der die Herrschaft sich in sachlich vermittelten Zwängen verbirgt, hält die Tür zur besseren Praxis einen Spalt breit offen, während jene, die das Prinzip der Herrschaft unmittelbar proklamiert, sie unter den obwaltenden Bedingungen vollends zuschlägt. In der Theorie mag dieser Unterschied nebensächlich sein, in der Praxis kann er über das Leben Ungezählter entscheiden. Deshalb kann uns diese Form nicht gleichgültig sein, selbst wenn der Einsatz für die wünschenswertere Form die strukturelle Ungerechtigkeit, das Ärgernis von sachlich vermittelter Ausbeutung, Unterdrückung und Entmündigung nicht beseitigt – es sei denn, man gehöre zu denen, die schon so desperat geworden sind, »dass sie auf Abruf das hinfällig Bessere fortwerfen, wenn nur die Welt ihrer Bosheit den Gefallen tut zu bekennen, wie böse sie ist.« (Adorno, *Minima Moralia* 1991, S, 139)

